

Zeitung für Pirmasens und die Südwestpfalz



„Cannabis-Fabrik“ entdeckt
Schindhard: Rauschgiftfahnder
finden etwa 2 000 Hanfpflanzen. **Seite 19**

Eine Allee für die Grundrechte
Pirmasens: In der Grünanlage am Wedebrunnen
finden sich Erklärungen in einfachen Worten. **Seite 15**

Denis Jung tritt Traineramt nicht an
Fußball: SC Weselberg in der Krise – Zukunft
des Landesligateams ungewiss. **Seite 24**



AUS PIRMASENS

**FKP vor wichtigem Duell,
FKP II im Südwestpfalz-Derby**



Noah Buchmann spielt morgen als Mannschaftskapitän des Fußball-Verbandsligisten FK Pirmasens II gegen seinen künftigen Verein SV Hermersberg. FOTO: F. SCHWARZ

HERMERSBERG/KOBLENZ. Diese Konstellation hat es in sich. In der Fußball-Verbandsliga empfängt der SV Hermersberg morgen um 15.15 Uhr den FK Pirmasens II zum Derby. Die Hermersberger stecken im Abstiegskampf und brauchen Punkte, während der FKP II befreit spielen kann. Schwierig ist die Lage für FKP-Mannschaftskapitän Noah Buchmann. Er wechselt nach dieser Saison zum SV Hermersberg und könnte morgen mit einem FKP-Sieg seinen künftigen Verein in Richtung Abstieg in die Landesliga schießen. Eine Klasse höher in der Oberliga spielt der FKP morgen ab 14 Uhr um seine fast schon letzte Chance im Kampf um den Aufstieg in die Regionalliga. Mit einem Sieg bei TuS Koblenz würde die Mannschaft von Trainer Martin Gries zum Tabellenzweiten aufschließen und hätte wieder gute Chancen auf den Relegationsplatz. |gök **SEITEN 24/25**

AUS DER PFALZ

**Ditib scheitert mit
Moschee-Bau vor Gericht**

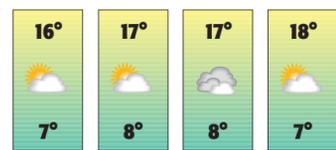


ARCHIVFOTO: MONIKA EISELE

GERMERSHEIM/NEUSTADT. Der Bau einer neuen Moschee in einem Germersheimer Wohngebiet wird erst einmal nicht genehmigt. Die türkisch-islamische Ditib-Gemeinde hatte beim Landkreis den Bauantrag für eine fast doppelt so große Moschee wie die bisherige gestellt. Sie soll zwei Kuppeln und zwei Minarette haben. Der Antrag wurde abgelehnt, wegen der räumlichen Nähe zum Verwaltungsgebäude Neustadt klagte. Das Urteil kam am Freitag: Der Moschee-Neubau sei dort zwar grundsätzlich zulässig, so das Gericht. Allerdings müsse geprüft werden, ob „Art und Umfang“ der Moschee gebietsverträglich sind. Dabei komme es darauf an, ob die zu erwartenden Immissionen, insbesondere durch Lärm und Verkehr, den Nachbarn zuzumuten sind. Die Angaben im Bauantrag dazu seien „zum großen Teil unplausibel“ und könnten „daher nicht als Grundlage einer Baugenehmigung dienen“. Es sei nicht klar erkennbar, wie viele Menschen die Moschee besuchen werden. Ein weiteres Problem stelle das Stellplatzkonzept dar. Die Klage wurde abgewiesen. |naf

WETTER

Heute: Nur langsam Wolkenlücken



SO ERREICHEN SIE UNS

06331/8005-22
redaktion@pirmasenser-zeitung.de



Pirmasenser und Lothringer weihen neues Friedenskreuz ein



FOTO: SCHAFER

„Gottes Reich geht über alle Grenzen“: Ein 11,5 Meter hohes Holzkreuz mit dieser Losung ist im Jahr 1954 am Ruhfels in Pirmasens von deutschen und französischen Jugendlichen errichtet worden, um ein Zeichen für die Freundschaft und den Frieden der beiden Nationen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zu setzen. Gestern ist im Pfarrzentrum Sankt Elisabeth das neue Kreuz eingeweiht worden, das das alte vom Wetter zerstörte Kreuz nun am neuen Standort am Eisweiher ersetzt. Das Holz stammt aus beiden Ländern. Mit einem gemeinsamen Vaterunser, das Deutsche und Franzosen jeweils in ihrer Muttersprache beteten, wurde der Segen bekräftigt. Gäste der Messe waren deutsche und französische Kommunalpolitiker und die Kirchenvertreter beider Länder. |ral **SEITE 18**

Autobahnbau: Gegenwind für Wissing

BERLIN. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) droht mit Plänen für einen schnelleren Umdenken von Ausbau bestimmter Autobahnen von Ländern ausgebremsst zu werden.

Landesregierungen, in denen die Grünen mitregieren, wollen mehr Zeit, wie eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur ergab. Wissing hat den Ländern vor mehr als einer Woche eine Frist gesetzt. Sie sollten dem Bund bis Freitag mitteilen, ob sie ihr Einverständnis zur gesetzlichen Festschreibung eines Projekts zur Engpassbeseitigung erklären. Aus einigen Ländern kam aber noch kein grünes Licht für Autobahnprojekte. NRW-Verkehrsmminister Oliver Krischer (Grüne) machte in einem Schreiben an Wissing deutlich, es seien für eine Beurteilung noch viele Fragen offen. In Nordrhein-Westfalen befindet sich fast die Hälfte der insgesamt 145 Autobahnprojekte, die beschleunigt angegangen werden sollen. Diese liegen in acht Ländern.

Auch Hessen, wo die Grünen mitregieren, benötigt mehr Zeit für die Prüfung der Pläne. Das Verkehrsministerium in Baden-Württemberg stimmt sich noch innerhalb der Regierung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ab. Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt (FDP) steht hinter den Plänen ihres Parteikollegen. Die vom Bundesverkehrsministerium vorgeschlagene Liste an Projekten sei vollumfänglich zu befürworten, erklärte sie. |dpa

Flüchtlingspolitik: Union attackiert Ampel

CDU und CSU haben der Koalition in einer Bundestagsdebatte vorgeworfen, Städte und Gemeinden in den Stich zu lassen. Die SPD geht zum Gegenangriff über, doch auch die Kommunen machen Druck.

BERLIN. Die Unionsfraktion dringt auf ein Umdenken in der Flüchtlingspolitik. In einem Antrag fordern CDU/CSU die Regierung auf, alle Maßnahmen zu stoppen, „die zu weiteren vermeidbaren Belastungen der Kommunen führen“. Nötig seien eine Reduzierung der irregulären Migration und ein „effektiver Schutz der EU-Außengrenzen“. Weitere Staaten wie Algerien, Marokko und Tunesien sowie Georgien sollten als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Entscheidungen über Asylanträge an der EU-Außengrenze getroffen werden.

Unionsfraktionsvize Andrea Lindholz sagte: „Unsere Kommunen sind längst am Limit.“ Es fehle an Wohnraum, Kita- und Schulplätzen oder Ärzten für Flüchtlinge. „Diese Regierung hat keinen Respekt vor den Ländern und Kommunen“, so der Vorwurf der CDU-Abgeordneten. Deren Forderungen nach mehr Unterstützung würden von Kanzler Olaf Scholz und Innenministerin Nancy Faeser (beide SPD) abgelehnt. Die SPD-Abgeordnete Gülüstan Yüksel warf der CDU/CSU vor, sie stelle ihre „Nächstenliebe nur zur Schau“. Die Ampel-Koalition lasse die Städte und Gemeinden nicht al-

lein, betonte Yüksel. Sie verwies darauf, dass der Bund im vergangenen Jahr 4,4 Milliarden Euro zur Versorgung von Flüchtlingen bereitgestellt habe, weitere 2,75 Milliarden Euro für dieses Jahr. „Die Kommunen erwarten zu Recht, dass die Länder diese Bundesmittel vollständig weiterleiten“, betonte Yüksel.

Der SPD-Parlamentarier Sebastian Hartmann sagte, die Union wolle „offensichtlich“ mit der Politik von

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und dem damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) abrechnen. Der Antrag enthalte keinerlei Lösungsvorschläge, sondern nur „Problembeschreibung und Ressentiments“.

Bernd Baumann (AfD) rief CDU/CSU auf, mit der AfD „Mehrheiten für eine vernünftige Migrationspolitik“ zu organisieren.

Der FDP-Innenexperte Stephan Thomaie sagte an die Adresse der Union, er wünsche sich „etwas weniger Schuldzuweisungen und Gift in der Stimme und mehr Einsicht, dass wir alle gemeinsam diese Aufgabe stemmen müssen“.

Scholz kommt am 10. Mai mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder zu einem Spitzentreffen in der Flüchtlingsfrage zusammen. Der Präsident des Deutschen Landkreistags, Reinhard Sager, sagte der „Stuttgarter Zeitung“, der Bund müsse „klarmachen, wie er die Zuwanderung reduzieren will“. Die Frage der Finanzierung müsse „endlich geklärt werden“. Aktuell würden Landkreise und Städte Kosten tragen, die der Bund übernehmen müsste, sagte Sager weiter. |afp **SEITE 3**



Flüchtlingsunterkunft in Schleswig-Holstein. FOTO: FRANK MÖLTER/DPA

Ukraine: Bereit für Großoffensive

KIEW. Im Ukraine-Krieg sind die Vorbereitungen der lang angekündigten Frühjahrsoffensive Kiews laut Verteidigungsminister Olexij Resnikow nahezu abgeschlossen.



Mindestens 23 Tote nach russischem Angriff auf Uman. FOTO: BERNAT ARMANQUE/DPA

„Global gesehen, sind wir zu einem hohen Prozentsatz bereits fertig“, sagte Resnikow am Freitag auf einer Pressekonferenz in Kiew. Es fehlten nur noch einige Elemente zum Start der Offensive. „Die Technik selbst wurde angekündigt, vorbereitet und zum Teil geliefert“, sagte der Minister. Bei einem Teil der Waffensysteme sei die Ausbildung ukrainischer Soldaten jedoch noch nicht abgeschlossen. Danach würden die Soldaten samt Militärtechnik zum Einsatzort gebracht.

Wenige Stunden zuvor waren zahlreiche Zivilisten bei russischen Raketenangriffen ums Leben gekommen. Besonders schwerwiegend waren die Einschläge in Wohnhäuser in der zentralukrainischen Stadt Uman, wo nach Angaben aus Kiew 23 Bewohner starben. |dpa

Ein schlechtes Tauschgeschäft

Warum der Tag der Arbeit in China ein außerordentlich unbeliebter Feiertag ist

VON FABIAN KRETSCHMER, PEKING

Es entbehrt durchaus nicht einer gewissen Ironie, dass der Tag der Arbeit im selbst ernannten Arbeiterparadies nicht sehr beliebt ist – und das, obwohl die Chinesen seit 2019 sogar drei Tage frei haben. Der Frust beruht auf einem staatlich verordneten Tauschgeschäft: Damit die Angestellten länger Urlaub bekommen, müssen sie jeweils einen Sonntag vor und nach dem Mai-Feiertag durcharbeiten. Für die kommunistische Parteiführung zählt da weniger die Erholung ihrer Arbeiterinnen und Arbeiter als vielmehr das Wohl der Volkswirtschaft. Durch die „goldenen Wochen“ soll der Tourismus und der Binnenkonsum angekurbelt werden.

Für die meisten Chinesen sind die kommenden Mai-Tage alles andere als ein Genuss: Da ein Großteil der

1,4 Milliarden Chinesen auf Reisen geht, sind nicht nur Zug- und Flugtickets ausverkauft. Die Hotelanbieter haben ihre Preise stark angehoben. Selbst in Touristenorten in der Provinz kosten spartanische Einzelzimmer während der Feiertage umgerechnet 150 Euro, während sie nur eine Woche später wieder für ein Fünftel zu haben sind.

Wie jedes Jahr entlädt sich dieser Tage die angestaute Wut der Chinesen im Internet. Ein Poster auf der Online-Plattform Weibo meint mit Blick auf die Politiker: „Das chinesische Volk braucht endlich Ruhe, mehr Feiertage und weniger Korruption.“

Der Zorn der Volksseele kocht auch deshalb, weil den Angestellten in China ohnehin kaum freie Tage zustehen. Neben den gesetzlichen Feiertagen haben sie per Gesetz lediglich Anspruch auf fünf Ferientage



Am Fließband: Vor den freien Maientagen muss vorgearbeitet werden. FOTO: HAN CHUANHAO/DPA

pro Jahr. Und diese werden in vielen Fällen nicht einmal zur Gänze aufgebraucht. Zu groß ist der soziale Druck im Büro, nicht als Faulenzer dazustehen.

Gleichzeitig bekommen im Zeitalter von Globalisierung und sozialen Medien immer mehr Chinesen mit, dass in vielen Teilen der Welt deutlich ausgiebigere Ferienansprüche gelten. Es ist also kein Wunder, dass die urbane Jugend vor allem an den skandinavischen Ländern mit ihrer zur Schau gestellten Work-Life-Balance Gefallen findet. Diese Gewichtung von Leben und Arbeit steht im krassen Gegensatz zur Arbeitskultur chinesischer Unternehmen – von morgens bis abends zwölf Stunden im Großraumbüro, und das sechs Tage die Woche. Dazu propagieren die offiziellen Gewerkschaften: „Arbeit hart im Interesse des Staates!“

Inflation: Rate sinkt auf 7,2 Prozent

WIESBADEN. Die Inflation in Deutschland hat im zweiten Monat in Folge etwas an Tempo verloren. Mit 7,2 Prozent blieb die jährliche Teuerung aber auch im April auf vergleichsweise hohem Niveau, wie aus ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hervorgeht. Von März auf April des laufenden Jahres stiegen die Verbraucherpreise nach Angaben der Behörde um 0,4 Prozent. Im März hatte die jährliche Inflationsrate in Deutschland mit 7,4 Prozent erstmals seit August 2022 wieder die Acht-Prozent-Marke unterschritten. Nahrungsmittel verteuerten sich nach den vorläufigen Berechnungen im April binnen Jahresfrist um 17,2 Prozent. Damit schwächte sich der Preisauftrieb hier erstmals in diesem Jahr ab. Im Januar 2023 hatten die Nahrungsmittelpreise um 20,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats gelegen, im Februar waren es 21,8 Prozent, im März 22,3 Prozent. |dpa